18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll

der 29. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 1. Juli 2015, 16:00 Uhr Paul-Löbe-Haus 2.200

Vorsitz: Susann Rüthrich, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 9

Öffentliches Expertengespräch zum Thema "Wahlrecht für Kinder und Jugendliche U 18"

Tagesordnungspunkt 2

Seite 20

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 3

Seite 20

Verschiedenes

18. Wahlperiode Seite 1 von 20



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) $\,$

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten Seite 3 Sprechregister Seite 8 Wortprotokoll Seite 9



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss) Mittwoch, 1. Juli 2015, 16:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

| Ordentliche Mitglieder | Unterschrift | Stellvertretende Mitglieder | Unterschrift |
|--|--------------|--|--------------|
| CDU/CSU Pols, Eckhard | <u>AS</u> | CDU/CSU Launert Dr., Silke | Pol |
| SPD Rüthrich, Susann | 1823,C | SPD Bahr, Ulrike | |
| DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert | | DIE LINKE. Wunderlich, Jörn | the |
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate | Whall-Jone | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja | 9/ |

Stand: 25. Juni 2015 Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-3639



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) $\,$

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

| Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss) Mittwoch, 1. Juli 2015, 16:00 Uhr | | | |
|--|---------|------------|---------------------------------------|
| , | Fraktio | onsvorsitz | Vertreter |
| CDU/CSU | 2 5 | | |
| PD | | 90° , 2 | |
| IE LINKE. | 1 × | | |
| ÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | | |
| | | | |
| Fraktionsmitarbeiter | * | | |
| Name (Bitte in Druckschrift) | | Fraktion | Unterschrift |
| JORN HINTE | | QU/CN | J. thi |
| Gelinami | | LINKE | |
| | | | |
| | | | - |
| | | | |
| | | | |
| | * = | _ | · · · · · · · · · · · · · · · · · · · |
| | | | |
| | | <u></u> | |
| | | | |
| | | | 0 |
| | | | |



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

| Tagungsbüro | Sitzung des Unterausschus Ausschuss) Mittwoch, 1. Juli 2015, 16 | Seite 4 | |
|---|---|--------------|---------------------|
| | | | |
| Ministerium bzw. Dienststelle (bitte in Druckschrift) | Name (bitte in Druckschrift) | Unterschrift | Amts- bezeichnun |
| Inlia Gall Acrice Abbourd | BOFSE) RLSU PULLY | afford. | bef |
| STEFAU HADDICM Br. H. J. Nobo | BMFSF) RCE14 | Hovel | 22 |
| -13 M (| Off Ch | Ma | |
| | | - | - |
| | | | |
| | | | |
| | * | | - |
| | | | |
| | | 2 | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) $\,$

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss) Mittwoch, 1. Juli 2015, 16:00 Uhr Tagungsbüro

Seite 3

| Bundesrat | | | A 4 |
|------------------------|---------------------------------------|--------------|----------------------|
| Land | Name (bitte in Druckschrift) | Unterschrift | Amts- bezeichnung |
| Baden-Württemberg | * | | |
| Bayern | | | |
| Berlin | | | |
| Brandenburg | | | |
| Bremen | | | |
| Hamburg | 3 | | |
| Hessen | - | | |
| Mecklenburg-Vorpommern | | | |
| Niedersachsen | | 4 | |
| Nordrhein-Westfalen | Beres, Wikoling | 1991 | EN. |
| Rheinland-Pfalz | 1 | | |
| Saarland | | | |
| Sachsen | · · · · · · · · · · · · · · · · · · · | * | |
| Sachsen-Anhalt | | | |
| Schleswig-Holstein | | | |
| Thüringen | | | |

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Anwesenheitsliste der Sachverständigen für das öffentliche Expertengespräch zum Thema "Wahlrecht für Kinder und Jugendliche U18" am Mittwoch, dem 1. Juli 2015, 16.00 Uhr

| Name | Unterschrift |
|--|-----------------|
| Franziska Finkbeiner Plant-for-the-Planet | Garitia publica |
| Lisi Maier Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend | 600 |



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

<u>Abgeordnete</u>

Vors. Susann Rüthrich 9, 11, 13, 16, 17, 18, 19

Abg. Eckhard Pols 13

Abg. Norbert Müller 16, 18, 19

Abg. Beate Walter-Rosenheimer 14, 15

Sachverständige

Franziska Finkbeiner 9, 14, 15, 18

Lisi Maier 11, 14, 15, 18, 19



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch zum Thema "Wahlrecht für Kinder und Jugendliche U 18"

Vorsitzende: Ich wünsche einen wunderschönen Nachmittag in den bewegten Zeiten der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause. Ich freue mich, dass Sie alle der öffentlichen Sitzung der Kinderkommission zu einem sehr spannenden und tollen Thema folgen möchten, nämlich der Frage des Wahlrechtes für Kinder und Jugendliche, dem U18-Wahlrecht. In der Kinderkommission befassen wir uns zurzeit mit dem Oberthema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Als eine Form demokratischer Beteiligung werden immer wieder Wählen und die Möglichkeit, gewählt zu werden, genannt. Für Kinder und Jugendliche gibt es aktuell diese Möglichkeit nicht. Ich freue mich, dass Franziska Finkbeiner von Plant-for-the-Planet bei uns ist und über eine Initiative berichtet, die für ein Wahlrecht für Kinder und Jugendliche, die sich zum Wählen bereit fühlen, streitet. Ich bin sehr gespannt, wie Ihre Ideen und Vorstellungen dazu sind. Lisi Maier vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend ist bei uns. Ich weiß, dass sich viele Jugendverbände um das Wahlrecht Gedanken machen.

Ich habe einen besonderen Grund, weswegen ich die katholische Jugend gefragt habe. Dazu möchte ich eine kleine Anekdote zum Besten geben: Ich hatte einen Termin bei unserem katholischen Landesbischof, mit dem ich mich auf seine Frage hin über Wahlrecht unterhalten habe. Er sagte dann: "Bei uns in der katholischen Kirche werden die Gremien von 14-Jährigen mitgewählt - und die katholische Kirche gibt es immer noch." Ich fand das eine so schöne Aussage. Da dachte ich, diese Aussage können wir doch zum Thema in der Kinderkommission machen, wie es in anderen Sphären, in denen Kinder und Jugendliche ganz selbstverständlich beteiligt sind, funktioniert. Vielleicht ist das eine Anregung, mit diesen Argumenten über unser Wahlrecht und Wahlsystem nachzudenken. Deswegen freue ich mich, dass Sie bei uns sind. Ich darf noch kurz die Kinderkommission vorstellen. Aus jeder Fraktion kommt ein Kollege, eine Kollegin. Ich, von der SPD-Fraktion, habe im Moment den Vorsitz, den ich von Herrn Pols, CDU/CSU-Fraktion, übernommen habe. Diesen werde ich an Herrn Müller, Linke-Fraktion, übergeben und Frau Walter-Rosenheimer von den Grünen wird den Abschluss machen. Vorhin war noch Herr Wunderlich von den Linken da. ich freue mich, dass auch weitere MdB-Kollegen Interesse an dem Thema haben. Wir werden am Ende eine Stellungnahme zu den Themen verfassen. Diese Stellungnahme muss immer einstimmig gefällt werden. Ich bin sehr gespannt, welches Ergebnis wir aus dem, was Sie uns sagen, was wir diskutieren, am Ende zustande bringen. Es ist eine öffentliche Sitzung, es wird also ein Wortprotokoll angefertigt, das dann auf den Seiten des Bundestages veröffentlicht wird. Ich übergebe jetzt an Sie und bitte Sie um eine Einführung aus Ihrer Sicht. Dann können wir mit den Fragen fortfahren. Franziska, möchten Sie anfangen?

Franziska Finkbeiner (Plant-for-the-Planet): Denken wir mal zurück: auf den Tag heute vor 22 Monaten – Stefan Raab und Anne Will – Kanzlerduell Peer Steinbrück und Angela Merkel – 90 Minuten. Als politisch interessierter Mensch habe ich zusammen mit meinem jüngeren Bruder und meiner Mutter das Duell verfolgt. Das Wort "Klima" fiel kein einziges Mal. Für uns Jugendliche ist das Klima das wichtigste Thema, weil 2100 noch in unserer Lebenszeit liegt.

Obwohl für uns das Thema Klima zur Überlebensfrage wird, kann man in Deutschland offensichtlich mit Klima keine Wahl gewinnen. Selbst die Grünen haben das Thema Klima aus ihrer Wahlkampfstrategie genommen und stattdessen auf soziale Gerechtigkeit gesetzt, weil sie offensichtlich der Meinung waren, mit Klima weniger Stimmen zu bekommen. Die Union hat auf die Rentner gesetzt und mit einem Rentenpaket oder mit einer Rentenerhöhung von etwa 63 Milliarden Euro die Stimmen der Wähler bekommen. Diese Schulden müssen wir Jugendlichen abbezahlen. Mit den Stimmen der Rentner werden heute und auch in Zukunft alle Wahlen bestimmt - mit zunehmender Tendenz. Wir Kinder und Jugendlichen hätten diese 63 Milliarden Euro in eine deutschlandweite Energiewende investiert - wenn man uns gefragt hätte. Wenn wir in Deutschland die Energiewende schaffen, dann kann kein anderes Land mehr behaupten, dass es nicht zu schaffen ist. Wir haben nichts gegen das Rentenpaket, aber wir sind



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

der Meinung, dass das Geld gerecht verteilt werden muss für die Zukunft der Kinder und für die Rentner. Und weil wir nicht gefragt wurden, fordern wir Kinder und Jugendliche das Wahlrecht für Kinder.

Warum ist es jetzt an der Zeit, das Wahlalter herabzusetzen? Die Situation hat sich geändert. Von der heutigen Bevölkerung sind 21 Prozent Rentner und 2050 werden es zwischen 32 und 34 Prozent sein, also quasi ein Drittel. Das bedeutet, dass in der Zukunft noch mehr als heute die Rentner die deutsche Politik bestimmen und Klima und andere Zukunftsthemen nicht mehr wahlentscheidend sein werden. Im deutschen Grundgesetz steht, "alle Staatsgewalt geht vom Volke aus". Was ist das Volk? Soviel ist sicher, wenn die Bevölkerung von Deutschland das Volk ist, dann werden 14 Millionen Kinder und Jugendliche von der Wahl ausgeschlossen. Minderjährige gehören genauso zum entscheidenden Volk wie alle anderen auch.

Wie soll das funktionieren? Wir sind für ein Wahlalter ab Null. Das bedeutet nicht, dass Babys und Kleinkinder zur Wahlurne krabbeln, aber es bedeutet, dass jedes Kind und jeder Jugendliche, der sich für Politik interessiert, sich für die Wahl anmelden kann, also einen Wahlschein beantragen muss und kann, damit derjenige, der wählen will, es auch darf. Immer wieder wird uns erklärt, dass unsere Politiker unsere Interessen berücksichtigen. Aber geschieht das auch? Aber seit wann schließt das aus, dass wir nicht gleichzeitig auch unsere Meinung in der Politik abgeben können? Das wäre so, als wenn wir den Arbeitslosen ihr Wahlrecht absprächen, weil Politiker die Vertretung des Volkes sind und daher auch ihre Interessen vertreten. Dasselbe gilt für alle Gruppen in unserer Gesellschaft. Alle Interessen müssen vertreten werden. Das geschieht nur, wenn jeder Bürger ein politisches Gewicht bekommt. Alles andere lässt sich mit unserer Vorstellung von Demokratie nicht vereinbaren. Oft wird uns gesagt, dass wir Kinder und Jugendliche nicht genug Ahnung von der Politik haben, uns nicht gut genug auskennen, um richtige, wichtige Entscheidungen zu treffen. Wir sollen wissen, wie die Wahlen in Deutschland funktionieren, wie die Politiker der letzten 50 Jahre heißen und am besten auch noch, was sie zum Deutschland von heute beigetragen

haben. Diese Art Test wird nur uns Minderjährigen abverlangt, sobald man 18 Jahre alt ist, ist es vollkommen egal, wieviel man über Deutschland und seine Politik weiß.

Das Durchschnittsalter der Botschafter bei Plantfor-the Planet liegt etwa bei 12 Jahren. Die meisten sind zu diesem Zeitpunkt seit zwei oder drei Jahren aktiv. Ich selbst bin seit meinem zehnten Lebensjahr dabei und bin Mitgründerin von Plantfor-the-Planet. Wir engagieren uns für unsere Zukunft, wir pflanzen Bäume, wir wissen was Kohlendioxid und das Kyoto-Protokoll ist. Aber obwohl wir politisch aktiv sind, dürfen wir erst in sechs Jahren wählen. Wie attraktiv ist das denn? Ich war mit 14 Jahren im größten Slum Afrikas in Nairobi, Kenia, im Slum Korogocho und habe mit Kindern Akademien gemacht und gleichaltrige Kinder davon überzeugt, auch Bäume zu pflanzen und sich für ihre Zukunft einzusetzen. Wir verstehen uns als Weltfamilie. Mit 15 Jahren war ich in Lesotho, einem der ärmsten Länder der Welt, und habe drei Tage mit 500 Kindern aus dem ganzen Land verbracht, zusammengearbeitet und sie begeistert, Bäume zu pflanzen und sich für ihre Zukunft einzusetzen. Und ich bin keine Ausnahme. Wir sind heute etwa 36.000 Kinder und Jugendliche auf der ganzen Welt nur bei Plant-forthe-Planet. Es gibt auch noch Kinder bei anderen Organisationen wie UNICEF, WWF, Greenpeace und vielen weiteren, die alle politisch, weltpolitisch aktiv sind. Aber wir dürfen trotzdem nicht unsere Stimmen bei einer Wahl abgeben. Immer mehr wird mit uns kommuniziert. Es gibt Magazine wie Kinderspiegel und ähnliches, die uns genau erklären, was in der Politik heute passiert, uns im Detail erklären, was passiert, und wir dürfen trotzdem nicht mitsprechen. Wir wollen nicht, dass Kinder an die Macht kommen, aber wir stehen für ein faires Mitspracherecht, denn bei uns gilt, nur wer wählt, der zählt auch etwas in der Gesellschaft.

Deswegen sehen wir nur noch drei Möglichkeiten. Erstens, wir stellen die Demokratie in Frage. Wir können auswandern – wohin ist eine schwierige Frage, da andere Industrienationen ähnlich aufgebaut sind, ähnliche demografische Entwicklungen durchlaufen wie hier, deswegen würde es keine Verbesserung darstellen. Oder wir verbünden uns



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

mit allen Jugendlichen auf der ganzen Welt, im Besonderen mit denen in Entwicklungsländern. Warum? Weil weltweit etwa über 3 Milliarden Kinder unter 24 Jahren sind, und das ist quasi die Hälfte. Die Weltbevölkerungspyramide ist heute noch eine Pyramide, während es in den meisten Industrienationen ein Pilz einem größeren Bevölkerungsanteil bei den Erwachsenen ist. Wenn wir jetzt keine Revolution machen, dann werden es die Generationen nach uns machen, denn einer wird es tun. Und dann sind wir Kinder und Jugendlichen, die versucht haben, etwas zu unternehmen, diejenigen, die den schlechten Ausgang haben. Deswegen müssen wir, um den sozialen Frieden zu gewährleisten, dieses System ändern. Glauben Sie denn, dass wir Jugendlichen auch in 20 Jahren, wenn das Thema Klima aktuell ist, weiter den Rentnern ihre Rente zahlen, wenn diese gegen unsere Zukunft stimmen?

Vor ziemlich genau einem Jahr, am 7. Juli, haben wir, 15 Kinder und Jugendliche, beim Verfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde eingereicht - natürlich mit Erwachsenen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, hat uns am Anfang dieses Jahres bei einem Treffen gesagt: "Sie haben unsere Sympathie, aber ob ich Ihnen juristisch helfen kann, das weiß ich noch nicht." Ich glaube, es sollte keine juristische Entscheidung sein, sondern eine politische. Lassen Sie uns junge Menschen an unserer Zukunft mitwirken. Wir sind eine neue Generation. Jugendliche in den USA haben etwa ein Dutzend Staaten verklagt, weil sie nicht für ihre Zukunft kämpfen. Wir sind eine reifere Jugend. Wir wissen mehr. Wir sind politisch engagiert. Ich spreche hier nur für die Jugendlichen mit politischem Interesse. Dankeschön.

Vorsitzende: Vielen Dank für das flammende Plädoyer.

Lisi Maier (Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend): Ich freue mich, dass ich hier sein kann. Interessanterweise hat die Kollegin gerade eine Idee aufgegriffen, die ich vor fünf Jahren schon mal in einer Diskussion bei den bayerischen Grünen in der Landtagsfraktion dort miterleben durfte – die Frage eines Verfassungsrechtlers: Können wir das höchste Grundrecht in einer Demokratie einer so großen Anzahl von Menschen verwehren? Gibt es nicht eine Möglichkeit für eine Eintragung, wenn ich mich als Kind oder Jugendlicher bereit fühle zu wählen?

Ich möchte kurz darauf eingehen, warum wir als BDKI sehr deutlich für eine Absenkung des Wahlalters eintreten, und dann zwei Fragestellungen, die die Kollegin schon gestreift hat, aus unserer Perspektive beantworten. Erstens wird uns immer wieder entgegengeschmettert, "das können die Jugendlichen doch gar nicht" und zweitens bestünde dann die Gefahr, dass sie nur extremistisch wählen würden. Ich habe eben schon gesagt, dass das Wahlrecht in der Demokratie das höchste Grundrecht ist. Wenn eine große Anzahl von Menschen davon ausgeschlossen ist, wenn wir aktuellen Rentenberechnungen Glauben schenken dürfen und sich das in den nächsten Jahren nicht mehr ändert, werden 2035 – das ist gar nicht mehr so lange hin - immerhin 60 Prozent der Wählerschaft Rentnerinnen und Rentner sein, dann ist das schon ein sehr deutliches Signal, weshalb wir in Deutschland auf alle Fälle eine Änderung anstreben müssen. Wir fordern deshalb auch ein aktives Wahlrecht ab 14 Jahren, weil wir der festen Überzeugung sind, dass sich dann auch Parteiund Wahlprogramme ändern würden, sich programmatisch etwas ändern würde und man nicht mehr von jungen Menschen als Objekt sprechen würde, sondern sie stärker als Zielgruppe in den Wahlprogrammen erkennen würde. Zu guter Letzt ist es auch ein Zeichen von Nachhaltigkeit. Die Themenfelder, die die jungen Menschen in den Verbänden umtreiben, denen sie über die Verbandsarbeit ein Sprachrohr geben möchten, sind Klima, Nachhaltigkeit, aber auch Entwicklungspolitik. In diesen Themenfeldern sind ganz viele Jugendverbände stark und aktiv unterwegs und machen sich stark dafür.

Wir haben immer deutlich gemacht, wir wollen eine Absenkung des Wahlalters, weil wir in unseren Kreisen, in unseren Kontexten spüren, dass junge Menschen diese Verantwortung übernehmen können. Ich möchte ein Beispiel aus der katholischen Jugendarbeit benennen, weil es in den Kirchenstrukturen zusätzlich zum relativ niedrigen Wahlalter – ich komme später bei den Pfarr-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

gemeinderäten darauf zurück - noch die Möglichkeit gibt, das hauptamtliche Personal in den katholischen Jugendverbänden, das teilweise von der Kirche, teilwiese aus den Verbandskontexten finanziert wird, auch selbst zu wählen. Da wählen dann auch 12-, 13-, 14-Jährige das Personal. Oft stellt man sich natürlich in anderen Kontexten die Frage, wie das denn abläuft. Das ist eine sehr verantwortungsvolle Wahlentscheidung, das sind oft Kampfkandidaturen und das sind politische und harte Entscheidungen, aber es sind demokratisch gefällte Entscheidungen, echte Wahlentscheidungen für Menschen, die auch Finanzverantwortung übernehmen. Es gibt ehrenamtliche Vorstände, die über einen längeren Zeitraum Personalverantwortung übernehmen. Das sind Dinge, die in einem demokratischen System auch so möglich sind und sehr deutlich zeigen, dass sie in den Jugendverbandskontexten möglich sind. Sicherlich fragt man sich manchmal, wie kommen sie auf die Idee, genau diesen zu wählen? Da gab es doch bessere Kandidaten. Aber das fragt man sich in manchen Wahlkreisen auch ab und zu. Insofern sind Jugendverbände Werkstätten der Demokratie und machen sehr deutlich, dass sie auch ein Abbild dessen sein können, was Demokratie im Ganzen in unserem Bundesstaat ist. Aus unserer Perspektive ist es immer wichtig, deutlich zu machen, dass junge Menschen das nicht nur in ihren kleinen Sphären oder Kreisen können, sondern sie können auch darüber hinaus sehr stark Verantwortung übernehmen und wollen diese Verantwortung auch übernehmen. Man möchte nicht nur für die Demokratie "üben", sondern auch echt beteiligt werden, also Mitwirkung "mit Wirkung" erreichen. Das sagen wir immer in den Jugendverbandskontexten: "Ich möchte auch Entscheidungen treffen können, die eine Wirkung erzielen, die eine Wirkung haben."

Die Vereine haben in über der Hälfte der 27 katholischen Diözesen in Deutschland das aktive Wahlalter mit 14 und das passive Wahlalter mit 16 Jahren. Es gibt aber einige Diözesen, bei denen das aktive Wahlalter noch bei 16 Jahren liegt. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend und seine Mitgliedsverbände machen sich sehr stark dafür, dass überall das aktive Wahlalter auf 14 Jahre gesenkt wird, weil wir an Kirche die gleichen demokratischen Anforderungen haben – das ist manchmal nur ein weiterer Weg – wie an die

staatliche Seite oder an Politik. Selbst Kardinal Meißner, der Bischof von Köln, hat zum gleichen Zeitpunkt wie Bischof Koch, der Landesbischof von Susann Rüthrich war, 2013 sehr bewusst die Entscheidung gefällt, das Wahlalter auf 14 Jahre zu senken. In einer älter werdenden Kirche brauchen wir auch die Stimme der jungen Menschen, um in dieser so wichtigen Personalwahl vor Ort auch ein entsprechendes Zeichen zu setzen. Sicherlich ist eine Pfarrgemeinderatswahl keine programmatische Wahl, es ist eine Personenwahl. Man kennt die Menschen oder versucht etwas über sie herauszufinden und dann eine entsprechende Wahlentscheidung zu treffen. Ich würde mir manchmal wünschen, dass es auf Bundesebene auch eine programmatischere Wahl wäre, aber wir sehen, dass auch dort bei Wahlentscheidungen Persönlichkeiten eine große Rolle spielen.

Es kommt immer wieder das Argument, "junge Menschen können ja gar keine inhaltlichen Wahlentscheidungen treffen" und wären anfällig für extremistische Positionen oder Parteien. Ich habe das "extreme" Wahlverhalten der U18-Wahl 2013 herausgesucht. Die U18-Wahl fordert junge Menschen unter 18 auf, zur Wahlurne zu schreiten. Da komme ich gleich wieder zum Angebot der Kollegin Finkbeiner. Das erste Kind, das bei der U18-Wahl 2013 gewählt hat, war 6 Jahre alt; das war eine bewusste Entscheidung des Kindes selbst. Man merkt den Anstieg mit dem höheren Alter: Bei den 6-, 7-, 8-Jährigen gehen noch sehr wenige Kinder und Jugendliche zur Wahl. Je höher das Alter, desto signifikant stärker wächst auch die Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen, die dann zur fiktiven Wahlurne schreiten. Die U18-Wahl hat folgendes Zweitstimmenergebnis erbracht: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind mit 17 Prozent gewählt worden, bei den Ü18 waren es 8,4 Prozent. Die CDU/CSU ist bei U18 mit 27,1 Prozent gewählt worden, bei Ü18 waren es 41,5 Prozent. DIE LINKE wurde bei U18 mit 7,7 Prozent gewählt, bei Ü18 waren es 8,6 Prozent. Die SPD wurde bei U18 mit 20,4 Prozent gewählt, bei Ü18 waren es 25,7 Prozent. Die PIRATEN wurden bei U18 mit 12 Prozent gewählt, bei Ü18 waren es 2,2 Prozent. Bei den SONSTIGEN blieb es ungefähr gleich. Es gab auch keine NPD- oder MLPD-Auswüchse, so dass man nicht von einem sehr extremistisches Wahlabstimmungsergebnis sprechen kann.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Bevor ich als BDKI-Bundesvorsitzende aktiv wurde, war ich Lehrerin in Bayern – momentan bin ich noch freigestellt – und habe Markus Färber, einen CSU-Abgeordneten aus dem Europaparlament zum Austausch mit meinen Schülerinnen und Schülern eingeladen. Das war im Februar 2012, da ging es in der ersten Runde um Urheberrechtsfragen, die auf europäischer Ebene debattiert wurden. Da ging es um Kopierbarkeit von Daten etc. Ich hatte 10. Klassen, für die das ein sehr wichtiges Anliegen war, und sie haben ihn gelöchert und haben deutlich gemacht, was ihre Position wäre, wenn sie denn ein Stimmrecht hätten. Sie wollten diesem Politiker ein ganz deutliches Signal mitgeben. Sie haben sich eingelesen, sie waren fit, das war auch ihr Thema. Urheberrecht, wir wissen es, spielt im Europäischen Parlament immer noch eine Rolle – leider Gottes nicht immer im Sinne von Kindern und Jugendlichen. Ich hab mir danach gedacht, alles löchern... Er ist bestimmt ein guter Politiker, aber klar ist auch, dass er im Nachgang die Interessen von denjenigen mitnehmen wird, die auch ein Stück weit die Wählerschaft sind und nicht unbedingt die Interessen der 16-Jährigen, die da sitzen und sich aber ganz stark für dieses Thema eingesetzt haben. Deshalb muss ich aus meiner persönlichen Erfahrung heraus – aber auch aus unserer Verbandsposition – dafür werben: Wir brauchen unbedingt eine Absenkung des Wahlalters, weil es uns aus so vielen Perspektiven entgegenbrüllt. Wir verlieren nichts, wir gewinnen nur.

Vorsitzende: Vielen Dank auch für Ihr Statement. Sie haben uns viele gute Gründe genannt, die aus Ihrer Sicht für eine Absenkung oder Aufhebung des Wahlalters sprechen. Wenn ich Demokratie richtig verstehe, dann müssten diejenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, auch auf die Entscheidungen Einfluss nehmen können. Da Kinder und Jugendliche am längsten davon betroffen sind, was Politik entscheidet, entspricht es meinem grundsätzlichen demokratischen Verständnis, dass sie auch auf die Entscheidungen, die wir treffen, Einfluss nehmen können. Das kann durch Wahlen erfolgen; man kann Beteiligung und Demokratie natürlich über Wahlen hinaus denken. da bin ich immer sehr offen. Es ist nicht das einzige Instrument, aber es ist ein ganz wesentliches. Sie haben es als eines der Grundrechte in der Demokratie beschrieben. Es wurde lange für eine

gleiche Verteilung des Wahlrechtes zumindest der über 18-Jährigen gestritten – vom Frauenwahlrecht und Verhältniswahlrecht mal ganz zu schweigen. Aber ich habe das Gefühl, dass sich die Gesellschaft auch weiter entwickelt und die Schritte, die wir bisher erreicht haben, im Zweifel nicht mehr ausreichen.

Die Diskussionen zum Wahlalter sind jetzt aber auch nicht so ganz neu. Ich würde gerne von Ihnen eine Einschätzung bekommen, wie Sie zu verschiedenen Diskussionen, die es ja schon gibt, stehen. Das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre haben manche Bundesländer schon umgesetzt. Das ist für mich ein Minimalschritt. Das ist besser als nichts, aber 16 halte ich für genauso willkürlich wie 18. Dann kommt der 15-Jährige oder die 15-Jährige und fragt, "Warum darf ich jetzt nicht wählen, wenn es jemand mit 16 darf?" Ihr habt von 14 gesprochen, auch da stellt sich dieselbe Frage. Diese Altersfestsetzung ist für mich immer so die Baustelle – wie Sie das auch gesagt haben: Sobald man über die jeweilige Altersgrenze angelangt ist, entfällt jeder Test, dann darf jeder wählen, ob uns das Ergebnis gefällt oder nicht, da werden keine Maßstäbe mehr angelegt, ob er oder sie wahlmündig ist, aber bei Minderjährigen tut man das. Man hört auch immer wieder vom sogenannten "Familienwahlrecht". Man möchte eigentlich die Kinder darstellen, überträgt das Wahlrecht aber, weil man es den Kindern nicht zutraut oder die Minderjährigkeit als einen Wahlausschluss begreift, auf die Eltern. Ich selbst wüsste etwas mit der Stimme für meine beiden Kinder anzufangen – aber ist es Sinn und Zweck, Kinder zu repräsentieren, indem man den Eltern das Wahlrecht gibt?

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): Was ist, wenn Vater und Mutter unterschiedlicher Meinung sind?

Vorsitzende: Dann braucht man mindestens zwei Kinder, wenn Vater und Mutter unterschiedlicher Meinung sind. Es ist zumindest eine Vorstellung, die es gibt und die auch ernstzunehmende Menschen immer mal wieder vorbringen und sagen, dass man Familien stärker gewichten und ihnen ein Wahlrecht übertragen sollte. Ich würde gerne Ihre Meinung hören, wie Sie die Modelle, die in



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

der Diskussion sind, einschätzen.

Lisi Maier (Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend): Das Familienwahlrecht finde ich ganz spannend. Ich habe das vorher unterschlagen, das ist mir gerade aufgefallen. Die Diözesen, die nicht ab 14, sondern erst ab 16 Jahren ein Wahlrecht haben, haben in ihren Strukturen zu größten Teilen das Familienwahlrecht, also bei den Pfarrgemeinderätewahlen oder bei den Wahlen zum Finanzverwaltungsrat in den Vereinen. Da ist es dann so, dass Kinder und Jugendliche erst ab 16 Jahren selbst wählen können und vorher die Eltern eintragen lassen müssen, wer die Stimme für die Kinder und Jugendlichen übernimmt. Ich sage gleich, was wir dazu denken. Ich komme, das muss ich vielleicht noch kurz sagen, aus einem Verband aus der Kolping-Jugend, das ist einer der Mitgliedsverbände im BDKJ. Das Kolping-Werk, also der Erwachsenenverband, hat immer sehr stark für das Familienwahlrecht votiert oder hat das immer sehr stark gepuscht. Die Kolping-Jugend hat das nicht getan, und zwar sehr bewusst nicht, weil wir immer deutlich gemacht haben, dass wir selbst Entscheidungen treffen wollen. Wir wollen selbst beteiligt werden und wollen nicht, dass unsere Eltern Entscheidungen für uns treffen – das tun sie schon oft genug. Das habe ich schon als 17-Jährige gesagt, als ich im Verband aktiv war, und ich sage das immer noch, weil ich glaube, dass ein Familienwahlrecht grundsätzlich keine Alternative zu einer Absenkung des Wahlalters ist und weil ich das Stellvertreterwahlrecht auch für verfassungsrechtlich problematisch in unserer Demokratie ansehe. Ich glaube, dass es kein Schritt ist, um einer Wahlalterabsenkung zu entgehen.

Franziska Finkbeiner (Plant-for-the-Planet): Wir haben uns Gedanken dazu gemacht. Es gibt drei Möglichkeiten, die auch Renate Schmidt in ihrem Buch sehr gut dargestellt. Es gibt erstens das Familienwahlrecht, mit dem die Eltern bis zum 18. Lebensjahr für die Kinder wählen. Dann gibt es die Möglichkeit, dass die Eltern die Stimmen bis zu einem bestimmten Alter haben und die Kinder diese dann mit 14 oder 16 Jahren übernehmen. Es könnte drittens ein Wahlrecht geben, bei dem die Kinder selbst entscheiden können, wann sie anfangen wollen zu wählen. Dieses

Wahlrecht, bei dem die Kinder anfangen können zu wählen, wenn sie dazu bereit sind, ist für uns das einzige, mit dem wir klarkommen würden.

Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Darstellungen. Bei den Grünen rennen Sie natürlich offene Türen ein. Unsere grüne Jugend fordert das Wahlrecht ab Null. Das ist in der Partei auch nicht durchgängig so gewünscht. Wir setzen uns aber schon lange dafür ein, das Wahlalter zumindest zu senken. Bisher haben wir uns darauf geeinigt, das Wahlalter auf Parteitagen auf 16 Jahre zu senken, was nicht wirklich weiterhilft, aber vielleicht in der Politik einen Trend schaffen kann, dass sich das Ganze nach unten bewegt. Ich habe selbst fünf Kinder zwischen 16 und 23 Jahren und finde es eine ziemlich abwegige Argumentation zu sagen, man kann mit 14 Jahren nicht wählen, man hat keine Ahnung. Es gibt viele persönliche Dinge und Lebensentscheidungen, die man sehr wohl entscheiden kann. Man ist auch in der Lage, zu differenzieren, wen wähle ich in dieser Sache und wer steht da für meine Interessen. Das ist auch für mich ein sehr wichtiger Schritt zu mehr Partizipation. Wenn ich mich engagiere – auch meine Kinder sind in der Jugendarbeit relativ engagiert -, dann möchte ich auch gerne mitbestimmen und möchte nicht warten, bis ich 18 Jahre bin und dann irgendeine Partei ankreuzen darf. Es wurde richtig gesagt, die politische Reife wird dann bei Ü18 auch nicht mehr abgefragt – das würden wir uns manchmal wünschen.

Was mich in der Praxis interessieren würde: Wenn die Kinder selbst entscheiden können, wann sie sich quasi "wahlreif" fühlen – wie soll das aussehen? Sie haben dann theoretisch von Anfang an das Recht zu wählen und melden das dann an. Wo oder wie könnte man das umsetzen? Meine Frage ist natürlich auch, wie das – wenn man kein Familienwahlrecht hat und nicht die Eltern die Stimmen haben - in Familien funktioniert? Es hat sich ja viel entwickelt. Wir hatten eine Befragung und die Kinder sagten, dass die Familien relativ demokratisch funktionierten, da würden sie sehr viel gefragt; in der Schule ist das schon wieder ganz anders. Wie kann man kontrollieren, dass sie auch wirklich wählen können, wenn sie wählen wollen? Wenn beispielsweise



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

die Mutti sagt: "Nein, du noch nicht, du hast ja gar keine Ahnung, schau mal, du hast hier in Sozialkunde eine Fünf, du bleibst schön daheim." Wie könnte das praktisch aussehen?

Wichtig ist, dass man die Generationen nicht gegeneinander ausspielt. Es gibt in jeder Generation Menschen, die viel getan haben, um z. B. die Natur zu retten. Es gibt in jeder Generation, auch bei den U18-Jährigen viele, die nicht so darauf schauen, wie es später sein wird. Denn dieser unglaubliche Ressourcenverbrauch geht natürlich auch bei jungen Leuten weiter. Deswegen glaube ich, ist es wichtig, dass man sich Menschen sucht, die an einem Strang ziehen und dass man versucht, sich nicht ausspielen zu lassen, sondern diejenigen Menschen bündelt, die im Blick haben, wie es künftig aussieht.

Franziska Finkbeiner (Plant-for-the-Planet): Ich kann jetzt nur für diejenigen sprechen, die auch politisch aktiv sind, alle anderen haben wir außen vorgelassen. Briefwahl würden wir erst ab einem gewissen Alter, man kann das auch bei 18 Jahren belassen, vorschlagen, damit die Eltern zuhause nicht so viel Einfluss haben, damit man als Kind wirklich zur Wahlurne gehen muss bzw. davor zunächst zu seinem Wahlamt, zum Bürgermeister, um sich seinen Wahlschein abzuholen, ansonsten kann man nicht wählen. Viele psychologische Studien haben bewiesen, dass Kinder spätestens mit 12, 15 Jahren auf einem genauso hohen logischen Denken agieren wie Erwachsene. Es geht gar nicht höher, und deswegen können sie ihre Entscheidungen auch gut selbst treffen. Wenn sie sich davor noch viel mit dem Thema befasst haben, haben sie auch früher eine Ahnung, was sie wählen wollen.

Lisi Maier (Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend): Ich möchte nur an einem Punkt anknüpfen und gerne kurz "die Sozialkunde-Fünf" anschneiden. Wir fordern immer, dass mit einer Wahlalterabsenkung auch eine bessere Ausstattung der politischen Bildung einhergeht, und damit ist nicht nur die schulische, sondern auch die außerschulische Bildung gemeint. Wenn wir sehen, dass in bestimmten Regionen Deutschlands keine finanziellen Mittel, kei-

ne Ressourcen mehr zur Verfügung gestellt werden, um die außerschulische Bildungsarbeit ordentlich oder in dem Rahmen zu finanzieren, den der Gesetzgeber eigentlich aufgibt, dann wird es schwierig, eine demokratische Gesellschaft zu ermöglichen, die nicht nur im schulischen Kontext lernt, was denn der Bundestag ist, sondern auch erlebt, was Demokratie leben heißt und bedeutet. Ich selbst bin Wirtschafts- und Politiklehrerin, deshalb muss ich schon sagen, dass es mich über die letzten Jahre hinweg geärgert hat, dass der Politikunterricht in meinem Bundesland - ich weiß das auch von anderen - immer stärker zurückgefahren wurde und gegen Wirtschaftsstunden ersetzt wurde, weil Wirtschaft in einem ökonomisierteren System auch aus der Perspektive mancher Kultusministerien eine größere Rolle spielt. Ich glaube, dass das ein ganz falscher Weg ist, wenn man möchte, dass junge Menschen Verantwortung für diese Demokratie übernehmen, egal ob mit 14, 16 oder 18 Jahren. Ich brauche eine gute Bildung, damit junge oder auch ältere Menschen gute Entscheidungen treffen können.

Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das finde ich einen sehr guten Hinweis. Das sehe ich auch so. Wir fordern auch eine Senkung des Wahlalters. Dabei ist vielleicht auch gar nicht allein der Unterricht wichtig - in Bayern gibt es in der Tat recht wenig politischen Unterricht –, sondern auch die Gestaltung der Schule. Wir wissen aus diesen Umfragen - ich bin selbst auch Psychologin, und das stimmt -, dass die Kinder irgendwann diese Abstraktionsreife erreicht haben. Wir haben eben gehört, wie Partizipation in den Kindertagesstätten, Kindergärten und in den Schulen aussieht, in den Familien läuft es viel besser. Wenn die Kinder befragt werden, sagen sie, sie haben schon das Gefühl, dass sie mitentscheiden dürfen, dass das viel besser läuft als früher. Aber eigentlich sagen alle, wenn sie nicht gerade auf die Montessori- oder Walddorfschule gehen, dass sie sich für die Schulen viel mehr Mitgestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten wünschen. Da müsste man an das Schulsystem heran. Wenn meine Kinder erzählen, dann denke ich manchmal, das ist ja noch wie bei mir - Frontalunterricht und einmal eine Gruppenarbeit; ganz wenig Mitbestimmung auch bei der Fächerauswahl. Natürlich sollen Kinder nicht allein über die Fächer entscheiden, aber warum



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

dürfen sie nicht auch mitreden und sagen, was sie interessiert? Ich glaube, Demokratie lernen kann man, wenn man spürt, wenn man merkt, ich werde gefragt, ich darf mitentscheiden, dann lerne ich das automatisch; da hilft alles Reden über die Abgeordneten im Bundestag später auch nichts.

Vorsitzende: Ich denke, es ist tatsächlich die Frage, wie demokratisch das Leben drum herum ist. Eine Absenkung des Wahlalters würde nicht ersetzen, dass die Gesellschaft und die Welt um die Kinder herum eine demokratischere werden soll. Im Gemeinschaftskundeunterricht, an den ich mich erinnere, und auf den Projekttagen, die ich in den Schulen gemacht habe, wird Politik häufig als Institutionskunde vermittelt – und das ist so weit weg vom 18. Geburtstag, wenn ich das Wissen erstmalig anwenden kann. Es ergibt daher eigentlich überhaupt gar keinen Sinn, in diesem Alter das System des Bundestags zu erklären.

Abg. Norbert Müller (DIE LINKE.): Ich will mich noch einmal auf das Eingangsstatement beziehen. Ich habe das neulich zu dem Antrag der GRÜNEN gesagt, weil dieser interessanterweise in dieselbe Richtung ging, nämlich die Ausweitung von demokratischen Möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen mit der Begründung zu fordern, dass es eine "Generationenunwucht" gebe. Daraus resultiere ein Generationenkonflikt, der sich verschärfe, so dass man jetzt Waffengleichheit herstellen müsse, indem man für die Generation nach der Baby-Boomer-Generation – also die in den fünfziger und sechziger Jahren Geborenen, die derzeit in der Alterspyramide die größten Kohorten stellen – als eine Art Nachteilsausgleich das Wahlalter ausweite. Das halte ich für einen "Quatsch" in der Argumentation, das sage ich deutlich. Ich halte es auch für falsch, denn wenn wir über Demokratisierung, Ausweitung des Wahlalters, Ausweitung der Volksgesetzgebung, Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb von Wahlen sprechen, dann tun wir das, weil wir es aus Rechten, also aus Grundrechten herleiten müssen und nicht, weil wir einen Generationenkonflikt oder ähnliches sehen. Das finde ich in dieser Frage nicht entscheidend. Denn das würde umgekehrt heißen, dass man das Wahlrecht verweigern könnte, wenn junge Menschen - wie in diversen Staaten und Ländern der

sogenannten Dritten Welt oder im arabischen Raum, in dem junge Menschen unter 27 häufig die Bevölkerungsmehrheit stellen – in der Mehrheit sind. Die Argumentation ist einfach nicht schlüssig.

Ich finde, dass man es aus den Grundrechten herleiten muss. Dafür haben wir die allgemeinen Menschenrechte, dafür haben wir auch Menschenrechtsstandards in der Europäischen Union und auch die UN-Kinderrechtskonvention. Diese müssen heute selbstverständlich anders ausgelegt werden als 1946, 1990/91, also anders als in den vierziger, fünfziger, sechziger, siebziger, achtziger und neunziger Jahren. Wir haben einen ausufernden "Verwertungsdrang", was junge Menschen angeht. Deswegen machen sie Turboabitur, deswegen müssen sie so schnell wie möglich mit der Ausbildung fertig werden, so schnell wie möglich mit dem Studium fertig werden - aber sie sollen so spät wie möglich demokratisch über ihr Leben entscheiden können. Das ist ein Widerspruch, das funktioniert nicht. Spätestens an der Stelle, wo ich Menschen früher der "Verwertbarkeit" aussetze, muss ich ihnen logischerweise auch die Möglichkeit geben, über das politische System mitzuentscheiden oder wenigstens innerhalb des politischen Systems mitzuentscheiden. Das tun wir nicht. Daher würde ich darüber nachdenken, wie wir das Wahlalter ergänzen. Ich habe die Diskussion seit vielen, vielen Jahren, über das Wahlalter Null diskutierten wir schon, als wir noch PDS hießen. In diversen Jugendstrukturen ist dieses Wahlalter gefordert worden, andere hatten die 14, andere hatten die 16, wir haben da nie einen Konsens gehabt. Ich bin auch in meinen Überlegungen überhaupt nicht abgeschlossen.

Was ich will, ist die Aufwertung des Wahlrechts. Das Familienwahlrecht halte ich für verfassungswidrig, von daher ist das auch gar keine Überlegung wert. Ob man auf 12, Null, 8 oder ein sonstiges Alter geht, halte ich ehrlich gesagt für müßig, weil die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so sind, dass wir Lichtjahre von einer Ausweitung außerhalb der 16 oder meinetwegen 14 oder einer Freigabe entfernt sind. Die politische Realität ist doch, dass nur eine gesellschaftliche Minderheit für eine Ausweitung des Wahlrechts eintritt und es im parlamentarischen Raum – meistens ist es ja



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

eher andersherum – eine etwas größere Minderheit gibt, die für eine Ausweitung eintritt.

Ich glaube, drei Bundesländer haben für die Landtagswahlen ein aktives Wahlalter von 16 Jahren. Ich komme aus Brandenburg, das war das erste Flächenland, das auf Initiative von Rot-Rot, FDP und GRÜNEN gegen die Stimmen der Union – die findet es auch heute noch falsch, wie wir das gemacht haben – die Verfassung ändern konnte und das Wahlalter 16 durchgesetzt hat. Wir hatten ziemlich große Sorgen, was die jungen Menschen wählen. Die Alterskohorten sind so gering, dass das für die landesweite Wahl allerdings keine entscheidende Auswirkung hat. Wenn jeder zweite 16- bis 18-Jährige zur Wahl geht und davon 10 Prozent statt 4 Prozent die NPD wählen, dann ist das dramatisch, aber noch nicht verloren, weil sie in ihrem Leben noch eine politische Entwicklung durchmachen; gleichzeitig hat das für die landesweite Wahl keine große, relevante Auswirkung, weil es einfach so wenige sind. Das ist aber auch gar nicht eingetreten. Eingetreten ist, dass die Wahlbeteiligung etwa so hoch war wie im landesweiten Schnitt bei den Landtagswahlen 2014. Ich glaube in der Altersgruppe 16 bis 18 war es etwas um die 44 Prozent, die hatten wir landesweit auch. Sie ist damit deutlich höher ausgefallen, als in der Gruppe der 25- bis 45-Jährigen, bei denen die Wahlbeteiligung viel niedriger war - über diese redet niemand. Aber da ist die Wahlverweigerung massiv ausgeprägt. Das weiß man aus den Stichproben des Statistischen Landesamtes. Es sind vergleichbare Ergebnisse zum landesweiten Schnitt; sie sind noch nicht einmal so dramatisch auseinander wie Ihre U18-Wahlergebnisse. Sie waren zum Teil viel dichter an der Realität. Bei uns ist immer die Union stärker gewesen als ansonsten – das ist das einzige, das mir gerade einfällt, was dagegen spricht. Sie waren schon einmal ein bisschen stärker, weil auch die ländliche Jugend etwas konservativer ist oder weil es in den von jungen Menschen ausgedünnten Regionen so ein konservatives Rollback zu geben scheint. Aber ansonsten war das eine völlig unauffällige Wahl. Das Land hat – spät, finde ich, aber dann auch sehr vorbildlich - ein Stück weit au-Berhalb des Politikunterrichtes, der da sehr begrenzte Möglichkeiten hat, eine regelrechte Mobilisierung gemacht, um über Verbände, über das Bildungsministerium, über zivilgesellschaftliche

Institutionen darauf hinzuwirken, dass diese jungen Menschen auch wählen gehen, dass sie politisch aufgeklärt werden. Das hat eigentlich total gut funktioniert. Ich finde, das müsste als Beispiel dienen. Ähnlich ist es jetzt in Bremen; Schleswig-Holstein ist das nächste Land, das das Wahlalter 16 hat. Da gibt es überall ähnliche Ergebnisse.

Es gibt keinen Grund mehr, bundesweit das Wahlalter 16 zu verweigern. Genau diese Diskussion muss man zuspitzen und darf sich nicht verlieren in "wollen wir das ab Null oder ab 12?". Selbstverständlich ist es willkürlich, eine Altersgrenze festzusetzen. Das ist mir klar, aber ich würde jetzt in den Fokus nehmen, in der nächsten Wahlperiode das Wahlalter 16 durchzusetzen. Das ist eine riesige Aufgabe und überhaupt nicht so kleinlich, wie Sie es dargestellt haben. Wenn das so kleinlich wäre, dann könnten Sie ja Ihren Koalitionspartner leicht überzeugen. Wir sind zu einer Grundgesetz- und Wahlrechtsänderung jederzeit bereit. Vielleicht ein letztes, ich habe als junges PDS-Mitglied als Delegierter auf Landesparteitagen über Wahlprogramme abstimmen dürfen, aber nicht die Kandidaten in der Vertreterversammlung wählen dürfen, die dann die Wahlprogramme umgesetzt haben. Das zeigt, wie absurd das gesamte politische System in dieser Altersgruppe ist. Ich glaube, dass wir eine Ausweitung des Wahlalters mindestens auf 16 Jahre erreichen können, aber dazu muss man die politische Debatte weitertreiben und auch darauf fokussieren. Dafür muss man im nächsten Deutschen Bundestag eine politische Mehrheit herstellen, in dieser Wahlperiode wird es das definitiv nicht mehr geben.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wenn Sie gleich darauf reagieren möchten, immer. Wenn wir jeweils in unseren Parteien und auch Koalitionen immer das durchsetzen könnten, was ich mir selbst wünsche, dann wäre die Welt super – so ist sie natürlich nicht. Nichtsdestotrotz halte ich an meiner Auffassung fest, dass mir ein Wahlalter von 16 Jahren nicht gerade als Stein der Weisen erscheint – aber es wäre schön und das könne man so machen. Ich möchte der Vollständigkeit halber noch eine kurze Frage hinterherschieben. Wir reden die ganze Zeit vom passiven (sic) Wahlrecht; wird bei Ihnen auch darüber diskutiert, gewählt werden zu kön-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

nen? Es ist ja die eine Frage, sich in ein Wählerregister eintragen zu können, einen Wahlschein zu holen, wenn man sich selbst dafür entscheidet; die andere Frage ist, sich selbst zur Wahl stellen zu können. Das gehört ja irgendwie zum Wahlrecht dazu. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Lisi Maier (Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend): Wir haben das aktive Wahlrecht ab 14 Jahren und das passive ab 18 Jahren wegen bestimmter Verantwortlichkeiten, die man als gewählte Mandatsträgerin oder gewählter Mandatsträger hat. In Pfarrgemeinderäten hat man beispielsweise schon ab 16 Jahren das passive Wahlrecht, aber in den Finanz- oder Verwaltungsräten ist in den allermeisten Diözesen aufgrund bestimmter Verantwortlichkeiten oder Dingen, für die man verantwortlich gemacht wird, auch die 18 ausschlaggebend.

Ich würde ganz gern kurz auf Ihre Argumentation reagieren. Ich kann ihr viel abgewinnen, muss aber der Kollegin bezüglich der Generationengerechtigkeit beispringen. Ich glaube, dass das Problem sehr wohl drängender wird, weil wir - und auch die jungen Menschen in unseren Strukturen - in den letzten Jahren sehen, dass Wahlprogramme stärker nach den Wünschen der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ausgerichtet werden. Wenn sich das noch stärker zuspitzt – und danach sieht es aus -, dann ist es zumindest ein Argument, warum man jetzt stärker für dieses Interesse einstehen muss, auch wenn es grundsätzlich - und da gebe ich Ihnen Recht - eine grundrechtliche Frage ist und keine der Generationengerechtigkeit, denn dafür braucht es noch viele andere Instrumente und politisches Agieren. Keine Frage: Das ist diesbezüglich nicht der Stein der Weisen, aber es ist ein Baustein, der jetzt wichtiger wird, als er vielleicht noch vor 20 Jahren war. Es besteht gerade der Bedarf, sich darüber auszutauschen. Ich spüre, dass es in den letzten zwei, drei Jahren wie eine Welle wieder intensiver in den Verbänden hoch kam, stärker dafür einzutreten: "ja, wir wollen in den Kommunen, in den Länder etc. beteiligt werden und brauchen neben anderen Beteiligungsinstrumenten auch ein stärkeres Engagement für eine Absenkung des Wahlalters."

Franziska Finkbeiner (Plant-for-the-Planet): Ich kann da eigentlich nur zustimmen.

Vorsitzende: Dann vielen Dank.

Abg. Norbert Müller (DIE LINKE.): In Erwiderung zu dem ersten Punkt, den Sie angesprochen haben, finde ich schon, dass man auch über die Absenkung des passiven Wahlrechts, also des Rechts, gewählt zu werden, reden kann. Wir haben hier Berufsparlamente und auf Landesebene Vollzeit- oder sogenannte Teilzeitparlamente, in denen alle überdurchschnittlich vergütet werden. Da bekommt keiner einen Facharbeiterlohn, das ist mir klar. Ich stelle es mir unglaublich schwierig vor, für jedes Wahlalter zu begründen, wie es praktisch außerhalb einer Absenkung der allgemeinen Geschäftsfähigkeit auf 16 Jahre funktionieren soll. Man kommt dann in ganz andere Rechtssituationen, wenn man das passive Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene absenkt. Das stelle ich mir schwierig vor. Bei Verwaltungsbeamten, Bürgermeistern oder Beigeordneten weiß ich gar nicht, wie das gehen soll. Da fehlt mir ein Stück weit die Kreativität. Bei ehrenamtlichen Vertretungskörperschaften finde ich das nicht so problematisch. Bei Gemeinderat, Stadtverordnetenversammlung, Kreistag etc., die faktisch ehrenamtlich oder mit geringer Aufwandsentschädigung arbeiten, könnte man im Zuge der Absenkung des aktiven Wahlrechts auf Länder- oder kommunaler Ebene zumindest dort das passive Wahlrecht mitsenken.

Ich finde, sie haben auch Verantwortung, sie beschließen auch einen Haushalt. Aber wer wird real mit 16 oder 17 Jahren gewählt? Es wird eine Ausnahmeerscheinung bleiben, dass Parteien sie aufstellen und sie außerhalb eines Symbolwerts überhaupt gewählt werden, weil sie aufgrund ihres Alters noch nicht die Netzwerke haben, die sie wählen könnten. Also das wird sehr selten auftreten. Dann sind vielleicht mal ein oder zwei Jugendliche in einem Parlament auf kommunaler Ebene mit 20, 30, 40, 50 Abgeordneten. Wenn bei ihnen eine geringe Erfahrung da ist – die hat man auch bei Älteren –, finde ich das nicht so dramatisch, denn sie stellen garantiert keine Mehrheit, das halte ich für praktisch ausgeschlossen. Aber



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

auf dieser Ebene sollte man tatsächlich auch dafür streiten, dass das passive Wahlrecht abgesenkt wird. Und dann kann man schauen, wie es praktisch funktioniert und ob irgendwann weitere Schritte denkbarer werden, wenn man damit Erfahrungen gesammelt hat.

Lisi Maier (Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend): Ich möchte das kurz ergänzen. Es gibt diese Forderungen auch auf der kommunalen Ebene. Ich war jetzt sehr stark auf den Bundestag und auf Berufsparlamente fixiert. Aber wie gerade angesprochen, es müssten selbstverständlich damit auch andere Mündigkeiten oder die Geschäftsfähigkeit einhergehen. Man müsste in diesem Kontext wahrscheinlich ein größeres Fass aufmachen, wozu wir aber bestimmt bereit wären.

Vorsitzende: In der letzten Sitzung waren Vertreterinnen von Jugendparlamenten und aus den Kommunen hier. Das wäre auch eine spannende Kopplung: Damit der einzelne Jugendliche, wenn er gewählt wird, nicht sang- und klanglos zwischen den anderen Herrschaften untergeht, wäre ein wirklich starkes Jugendparlament, das gut ausgestattet, mit Kompetenzen und Rechten versehen ist, eine gute Alternative. Man könnte sich in den Kommunen ins Kinder- und Jugendparlament wählen lassen und dort Mehrheiten organisieren, die in den Stadtrat oder in den Gemeinderat einfließen. Solche Kombinationen erschienen mir nicht unschlüssig.

Zur Frage der Absenkung des Wahlalters und damit einhergehend auch ein Wechsel der Themen, die diskutiert werden: Das ist eine Erfahrung, die auch wir hier als nicht mehr so ganz junge Abgeordnete, aber doch in unseren Fraktionen manchmal als jung wahrgenommene, durchaus auch machen. Der Abstand zwischen bald 40-Jährigen und 60-Jährigen ist schon so, dass man sich manchmal fragt, ob man eigentlich gerade über dieselben Lebenserfahrungen redet; und einen Abstand zu einem 16- oder 18 Jährigen zu antizipieren, das fällt selbst uns schwer. Auch die Themen und die Lebensrealitäten, die sich widerspiegeln müssten und würden, wären eine Qualität, die sich auch in den Parlamenten widerspie-

geln müsste; das gilt nicht nur im Hinblick auf ein Wahlprogramm und an wen es sich richtet, sondern auch im Hinblick darauf, wie wir hier und mit welchen Themen Politik machen.

Sie haben sehr schön beschrieben, zu welchen Themen Sie eigentlich diskutieren und dass diese nicht unbedingt diejenigen sein müssen, die wir gerade für unglaublich wichtig halten. In dieser Woche gibt es die Ausnahmeerscheinung, dass alles von Griechenland überlagert ist. Das hat ja mit allen Generationen zu tun, aber es gibt auch Themen, bei denen eine gewisse Abwägung erfolgen muss. Wir hatten das gerade bei der Vorratsdatenspeicherung. Das Thema ist bei uns in der Partei sehr stark diskutiert worden, und da ist manchmal vielleicht auch die Frage, mit welchem Zugang man an welche Themen herangeht. Da ist es wichtig, die Kinder- und Jugendperspektive oder zumindest das Bewusstsein dafür zu stärken. Wenn wir das Wahlalter auf 16 Jahre absenken würden, würde das zumindest eine ziemlich starke Debatte im Vorfeld bedeuten, in der vielleicht auch die Themen und das Bewusstsein mit in den Fokus kämen, so dass auch die Parteien in ihren Wahlprogrammen den Blick dahin wenden würden, selbst wenn es nicht zu dem Wahlalter Null oder etwas ähnliches kommt. Vielleicht würde sich damit aber tatsächlich auch in der Diskussion eine ganze Menge ändern.

Ich danke für Ihre Anregungen, Ihre Plädoyers, die Bestärkungen, die Sie uns mitgegeben haben. Wie gesagt, wir werden daraus ein Statement für uns als Kinderkommission entwickeln. Dieses werden wir Ihnen natürlich auch zukommen lassen.

Abg. **Norbert Müller** (DIE LINKE.): Schade, dass Herr Pols jetzt nicht da war. ... wirklich kontrovers ...

Vorsitzende: Er kann es dann im Protokoll nachlesen. Vielen Dank für die Anregungen. Wir werden schauen, wie wir diese für uns verarbeiten und bearbeiten. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg, in dem was Sie tun. Wir sind auch sehr gespannt, wie Herr Voßkuhle die Sympathie umsetzt. Auch mir wäre es natürlich lieb, wenn wir



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

das politisch und nicht juristisch lösen – aber schauen wir mal, was dabei herauskommt. Wir unterbrechen die öffentliche Sitzung für fünf Minuten und gehen dann in den nichtöffentlichen Teil.

Schluss der Sitzung: 17.17 Uhr

gez. Susann Rüthrich, MdB **Vorsitzende**